

Die beste Chance, seit es Baden-Württemberg gibt!!

So optimistisch schätzt Peter Kühn aus Wiesenbach die Gelegenheit für die Ablösung der CDU-geführten Landesregierung bei der Landtagswahl im März 1996 ein.

Er ist Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen für unseren Wahlkreis.

Bernhard Hofmann führte mit ihm das folgende Gespräch für unsere Zeitung.

Grüner Bote: Auch wenn Dich viele Menschen in Wiesenbach kennen, sag doch zunächst einmal was über Deine Person, Peter.

Peter Kühn: Ich bin 47 Jahre, verheiratet mit Bärbel. Wir haben zwei Söhne im Alter von 14 und 17 Jahren. Beruflich arbeite ich als Lehrer in Hessen, bin Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Kreis Bergstraße. Gewerkschaftsarbeit mache ich außerdem im Bezirks- und Landesvorstand der GEW und im DGB-Ortskartell Neckar-gemünd. Ich bin Mitbegründer der Klägeregemeinschaft gegen den Schrottreaktor in Obrigheim und der Menschenrechtsorganisation FIAN, die sich für die wirtschaftlichen Menschenrechte einsetzt. FIAN hat inzwischen Beraterstatus bei der UNO. Alle diese Tätigkeiten sind ehrenamtlich. Ich trete auch als Liedermacher auf. 1994 konnte ich als Bundestagskandidat das Zweitstimmenergebnis der Grünen um 3.8 % verbessern.

Grüner Bote: Bei einer kürzlichen Umfrage lag Rot-Grün in Baden-Württemberg 1% vor der CDU? Arbeitest du schon am Regierungsprogramm mit?

Peter Kühn: Vorsicht, auch wenn die Umfrage stimmt - bis März kann sich noch viel verändern. Außerdem müßten dann die FDP und die Republikaner aus dem Landtag rausfliegen - was ich natürlich aufs Schärfste begrüßen würde, denn beide Parteien sind auf verschiedene Weise überflüssig. Ich trete für die

Abwahl der CDU an, denn diese blockiert die längst überfällig gewordene ökologische und soziale Modernisierung.

Grüner Bote: Das klingt ein wenig Schlagworthaft.

Peter Kühn: Ihr könnt nicht erwarten, daß ich ein mehr als hundertseitiges Landtagswahlprogramm auf einer Seite **Grüner Bote** zusammenfassen kann. Das Programm, das wir in Schwäbisch-Gmünd beschlossen haben, hat als Schwerpunkte das ökologische Wirtschaften und eine moderne Bildungspolitik. Ich habe selbst daran mitgearbeitet, und ich weiß, eine Reform unserer Schulen und Hochschulen ist aus gesellschaftlichen und aus wirtschaftlichen Gründen überfällig. Die große Koalition von CDU und SPD hat nur ganz kleine Lösungen zustande gebracht.

Grüner Bote: Wie wollen die Grünen die Krise des Bildungssystems lösen?

Peter Kühn: Nun, in Schule und Hochschule muß viel mehr das Lernen gelernt werden. Die Beteiligten vor Ort sollen entscheiden, was für eine Schule sie brauchen. Statt Stoffhuberei, Notendruck und ministeriellem Gängelband brauchen wir handlungsorientiertes Lernen, das Begreifen von Zusammenhängen. Demokratie, Solidarität und Verantwortung sollen nicht nur abstrakt gelehrt werden, sondern praktisch gelernt und gelebt werden. Es muß Schluß sein mit dem Kurzzeit-Lernen auf eine Arbeit hin.

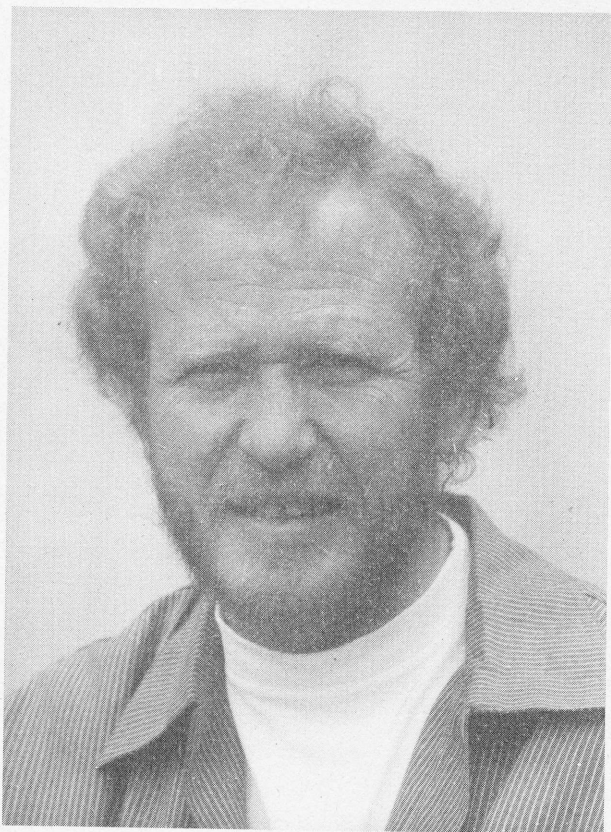
Laßt Schüler/innen doch mal eine Klassenarbeit über ein Thema schreiben, das vor 3 Monaten Unterrichtsinhalt war, dann werdet Ihr sehen, was bei dieser veralteten Art des Lernens noch übrig bleibt.

Grüner Bote: Die SPD hat den Schrottreaktor in Obrigheim genehmigt. Kannst Du Dir eine Regierung mit der SPD vorstellen?

Peter Kühn: Das ist die einzig realistische Vorstellung, wenn man die Teufel-Regierung ablösen will. Während Teile der SPD im traditionellen Wachstumsdenken verhaftet sind, gibt es doch auch einen Teil, der sich um ökologische Reformpolitik bemüht. Ein gutes grünes Wahlergebnis ist der beste Garant, den in der großen Koalition auf schwarzem Sand aufgelaufenen Tanker SPD wieder flott zu bekommen und in Reformrichtung zu bewegen.

Grüner Bote: Und wenn es mit der SPD zusammen nicht reicht?

Peter Kühn: Regierungsbeteiligung um jeden Preis, nein Danke. Dann wird, wie bisher, eine harte Opposition betrieben. Wenn denn schon die Regierung nichts taugt, dann brauchen wir wenigstens eine gute Opposition.



Voll daneben, Herr Kaiser!

"Im Bereich Hainbuckel/Dürerstraße feierte man den ersten Spatenstich zu einem Projekt, das in seinen Ursprüngen für hitzige Gemeinderats- und Bürgerdebatten gesorgt hatte."

So stand es in einem Artikel der RNZ vom 09.11.95 zu lesen, der über das im Moment wachsende Wohnhausprojekt am Hainbuckel berichtete. Auf dem dazugehörigen Bild grinst unser Bürgermeister in die Kamera - was für ein Skandal.

Der Mann, der die BürgerInnen Wiesenbachs vertreten und repräsentieren soll, feiert mit dem Geschäftsführer der Firma "Baufinanz" aus Leimen den Beginn einer Wohnhausbebauung, die Wiesenbacher Einwohner überproportional einengt und ihnen das Licht nimmt.

Die betroffenen BürgerInnen haben sich mit Händen und Füßen gewehrt, aber dieser "Baufisch" hatte die Gesetze auf seiner Seite. Es wurde zwar eine Variante der Bebauung gewählt, die einen Kompromiß darstellen soll. Das wirtschaftliche Interesse an der maximalen Ausnutzung des riesigen Bauplatzes wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt im Interesse der unmittelbar angrenzenden BewohnerInnen der kleinen Einfamilienhäuser aufgegeben. Mit einer auswärtigen Firma zu feiern, der an der gestalterischen Entwicklung Wiesenbachs nichts gelegen ist, weil sie nur Profit will und nicht auf die Menschen achtet, die in den benachbarten Einfamilienhäusern wohnen, das ist ein Schlag in's Gesicht dieser Menschen.

Daraufhin in der Gemeinderatssitzung am 09.11.95 vom grünen Gemeinderat Bühler angesprochen, reagierte Herr Kaiser in alter Manier pampig und klärte darüber auf, daß es in seiner Kompetenz stünde, wo er mitfeiere. Herr Kaiser war anscheinend derart stolz auf diesen "Stich", daß er gleich seine "Kompetenz" noch einmal bewies und das Bild mit kleinem Bericht in den amtlichen Teil der "Gemeindenachrichten" vom 24.11.95 setzte. Bleibt nur ein Kommentar: *"Bravo Herr Bürgermeister, Sie haben seit Ihrer Wiederwahl verdammt viel dazugelernt!"*

(mb)

BOSNIEN . . .

Die Massaker und brutalen Vertreibungsaktionen, mit denen die serbischen Freischärler nach der Eroberung von Zepa und Srebrenica über die von der UNO im Stich gelassene Zivilbevölkerung herfielen lösten im Sommer letzten Jahres in ganz Europa heftige Empörung aus. Sollten die europäischen Staaten und die USA militärisch intervenieren, um den offensichtlichen Völkermord ein Ende zu machen?

Als vor wenigen Wochen deutlich wurde, daß die Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton durch 60.000 Mann NATO-Kampftrouppen gesichert werden soll, stellte sich bei uns im Land die Frage, ob tatsächlich deutsche Soldaten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg an einem Kampfeinsatz im Ausland teilnehmen sollten.

Das Ausmaß der Kriegsverbrechen ließ selbst die GRÜNEN heftig über Luftangriffe und NATO-Einsatz streiten. Immerhin ist die Partei bekanntermaßen die einzige in der Republik, die Gewaltfreiheit als einen Grundpfeiler ihrer gesamten Politik im Programm festgeschrieben hat.

Auch bei den Wiesenbacher GRÜNEN gibt es unterschiedliche Auffassungen dazu. Mehrfach diskutierte der Ortsverband engagiert die Streitfragen.

Vom Ortsverband Wiesenbach bis zur Bundespartei ist bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mehrheit der Mitglieder nach wie vor eindeutig gegen Kampfeinsätze. Die Bundesdelegiertenversammlung Anfang Dezember in Bremen hat diese Haltung der Partei erneut bekräftigt. Die folgenden beiden Beiträge verdeutlichen die Debatte in unserem Ortsverband.



1. Haben die westeuropäischen Staaten nicht massive Eigeninteressen an dem Auseinanderfallen Jugoslawiens gehabt, siehe die frühe Anerkennung Kroatiens durch die Bundesregierung?
 2. Wieviel haben die Waffenhändler oder auch die Regierungen außerhalb Rest- Jugoslawiens am Krieg verdient?
 3. Wer verdient jetzt am Einsatz von 60.000 Soldaten, auf wessen Kosten geht dieser?
 4. Wäre bei einer Einigkeit zwischen Westeuropa, USA, Rußland u.a. ein Boykott der Aggressoren wirklich nicht möglich gewesen? Wie weit wären denn die Panzer ohne Benzin gekommen?
 5. Weshalb hat die UNO nicht die zivilen Strukturen in Bosnien gestärkt und finanzielle Ressourcen zur Konfliktvorbeugung massiv eingesetzt? Der Golfkrieg hat die deutschen Bürgerinnen und Bürger 17 Milliarden gekostet - wer weiß, wie hoch die bisherigen und die folgenden Kosten der Einsätze in Bosnien werden? Hätte dieses Geld nicht auch zivil - und mit größeren Erfolgsaussichten - eingesetzt werden können?
 6. Weshalb sollen jetzt denn unbedingt Soldaten gehen? Wie wäre es denn mit Unternehmern, Wirtschaftsberatern, Aufbauhelfern, Medienfachleuten, Politikern, Pfarrern, Umweltschützern, Ärzten, Technikern (männlichen und weiblichen Geschlechtes)?
 7. Weshalb ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in ihren Aufgaben beschnitten und ihr die Macht entzogen worden? Weshalb fließen in dieses kollektive Sicherheitssystem nur 30 Mio. DM, wohingegen der Nato-Kooperationsrat 350 Mio. und die Nato für Verwaltungsaufgaben sogar 1200 Mio. DM pro Jahr verschlingen?
 8. Weshalb erfolgen die Militäraktionen nicht unter dem Dach der UNO, sondern mit UN-Legitimation unter US-Regie?
 9. Der Krieg im ehemalige Jugoslawien ist auch von den dortigen Gesellschaften mitgetragen worden. Weshalb sollten ausgerechnet Soldaten jetzt in der Lage sein, Menschen miteinander auszusöhnen?
 10. Wie soll sich in den Köpfen von Menschen der militärische Faktor zurückdrängen lassen, wenn die militaristische Logik nicht unterbrochen wird, noch nicht einmal nach einem Friedensschluß?
- Peter Kühn

BOSNIEN . . .

Nein, ich bin kein Freund von Militäreinsätzen. Zivile Konfliktlösung ist in der Regel erfolgversprechender.

Nein, die NATO ist kein neutrales "Friedensinstrument". Unter US-Führung steht sie für die Vorherrschaftsbestrebungen der Westmächte, und die Bundesrepublik gehört dazu.

Nein, ich will die Bundeswehr nicht in allen möglichen internationalen Konfliktherden aktiv sehen. Militärische Großmannssucht darf hier nie wieder um sich greifen.

Nein, der Balkan ist kein deutsches "Einflußgebiet". Im Zweiten Weltkrieg brachte die deutsch-kroatische Achse Tod und Verderben vor allem über das serbische Volk. Das wirkt heute noch nach.

Aber was tun, wenn mitten in Europa seit vier Jahren nun serbische Aggressoren sich durch kein Verhandlungsangebot von ihren völkermörderischen Eroberungsplänen abhalten lassen?

Wenn direkt vor unserer Haustür Mord, Vergewaltigung, Plünderung und Vertreibung andauern, und bisher 200.000 Tote zu beklagen sind?

Dann muß dem auch mit Waffengewalt Einhalt geboten werden! Die bosnische Regierung hat seit langem verzweifelt darum gebeten.

Es geht um den praktischen Schutz des Lebens von Hunderttausenden von Menschen und nicht um die Rettung pazifistischer Theorien, die sich offensichtlich nur bedingt in der Wirklichkeit bewähren. Tatsache ist, daß Serbien-Embargo und Nato-Bombardements die serbischen Tschetniks nun zu ernsthaften Verhandlungen gezwungen haben.

Ja, das Dayton-Abkommen zwischen Bosnien, Kroatien und Serbien ist ein erster Schritt zu einer friedlichen Lösung des Konflikts.

Ja, der Einsatz von NATO-Truppen im UNO-Auftrag ist zur Umsetzung des Abkommens und zum Schutz der Zivilbevölkerung notwendig. Er ist Teil der Vereinbarung von Dayton.

Ja, auch die Bundeswehr soll einen Beitrag zu dieser Mission leisten. Dayton unterstützen, bedeutet auch, eine militärische Verantwortung zu übernehmen.

Ja, vor allem kommt es jetzt auf massive zivile Hilfe zum demokratischen Wiederaufbau des zerstörten Landes an. Frieden im europäischen Haus kann es ohne Frieden auf dem Balkan auf Dauer nicht geben.

Heinz-Ludwig Nöllenburg



**GETRÄNKE
KERN**

Breites Sortiment • Bester Service

Getränke Kern GmbH

In der Au 8 • 69257 Wiesenbach

☎ (0 62 23) 4 03 55 • Fax 4 94 84

REITEN IN DER NATUR

ReiterInnen besitzen oder kümmern sich um ein Pferd und haben schon deshalb sehr viel mit Natur zu tun. Pferde sind auch als Haustiere nach Jahrtausende alten Verhaltensmustern reagierende Tiere. Und "Natur-Pur" ist es dann, wenn man sich mit dem Pferd im Einklang in der Natur bewegt. Um so unverständlicher, daß es immer wieder Reiter/Innen gibt, die entweder bewußt oder ohne zu denken über Wiesen und Äcker reiten.

Wir ReiterInnen kennen das Problem der vielen geschotterten und asphaltierten Wege, die zur Schonung der Pferde nur im Schritt beritten werden können. Aber deshalb ausgerechnet auf die Felder auszuweichen ist unfair, wo es doch die ganze Pferdehaltung ohne die Landwirtschaft nicht gäbe. Die PferdebesitzerInnen wollen vom Bauern Heu, Stroh und vielleicht auch Hafer kaufen, die übrigen ReiterInnen möchten, daß Ihre "Lieblinge" ausreichend mit gutem Futter versorgt werden. Das geht nicht ohne die Bauern. Deshalb ist es unglaublich, ausgerechnet diese mit achtlosem Über-die-Äcker-reiten zu verärgern. Manches geschieht auch ohne bösen Willen: Da erschrickt mal ein Pferd und hüpfert seitwärts vom Weg runter, oder es geht durch und kriegt die Kurve nicht, oder rennt nach einem Sturz ohne Reiter/In direkte Strecke zurück. So etwas sollte nicht, kann aber mal passieren.

Wenn es nur das wäre, gäbe es sicherlich Verständnis dafür. Verläuft aber eine Hufspur parallel zum Weg die ganze Ackerlänge entlang oder sogar quer über den Acker, dann kann man sicher nicht mehr mit Verständnis rechnen.

Überall schwelt die Diskussion um Reitverbote, Reitwege und Pferdesteuer. Gerade in Wiesenbach, wo es recht viele ReiterInnen gibt, ist es deshalb um so wichtiger, sich rücksichtsvoll in der Natur zu verhalten. Dazu gehört, auf den Wegen zu bleiben, dazu gehört aber auch, Elektrozäune regelmäßig zu kontrollieren und den Pferden durch genügendes Futter- und Wasserangebot keinen Grund zum Abhauen zu geben.

Conny Brandt

BLEIBT DIE POST IM DORF?

„Es ist derzeit keine Schließung der Postfiliale in Wiesenbach geplant“, versichert Regionaldirektor Knaisch von der Deutschen Post AG in einem Schreiben an Bürgermeister Kaiser. Die „Gemeinde-Nachrichten“ veröffentlichten den Brief in ihrer Ausgabe vom 15. Dezember.

Sehr freundlich, Herr Regionaldirektor.

Bleibt die Post also im Dorf? Ja, „derzeit“.

Dieses kleine Wörtchen kann es in sich haben.

„Sollten hier in Zukunft Änderungen notwendig sein, werden wir Sie selbstverständlich frühzeitig informieren,“ heißt es in dem Schreiben weiter.

Auf Nachfrage war bei Postleuten, die es eigentlich wissen müßten, jedenfalls kurz vorher noch zu hören, die Wiesenbacher Post solle zum April 1996 geschlossen werden.

Eine entsprechende Information Ende Februar wäre da doch „frühzeitig“ genug, oder? Entwarnung in Sachen Post kann also leider nicht gegeben werden.

Die GRÜNEN haben dem Bürgermeister den Vorschlag gemacht, sich mit seinen Kollegen im Kreis in Verbindung zu setzen, in deren Gemeinden der Fortbestand der Post ebenfalls nicht sicher ist, um gemeinsame Aktionen starten zu können.

Die Post muß im Dorf bleiben.

„Einschränkungen bei der Öffnungszeit einer Filiale richten sich in unserem Unternehmen allerdings nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten,“ fährt Regionaldirektor Knaisch in seinem Brief fort. Ist damit gemeint, Öffnungszeit wird weiter eingeschränkt, wenn nicht von Schalteröffnung bis Schalterschluß eine Schlange von Leuten bis zur Eingangstür steht? Zwei Stunden Schalterdienst am Vormittag, zwei am Nachmittag sind für Wiesenbach zu wenig. Es gibt Leute, die fahren gleich mit dem Auto nach Bammental. Der Frust ist verständlich, aber das kann ja wohl nicht die Perspektive sein.

Die Postbediensteten in Wiesenbach sind übrigens nicht zu beneiden. Sie sind selbst von den Strukturveränderungen bei der Post betroffen und kriegen dazu noch die Wut der Kundschaft ab für Dinge, die sie nicht zu verantworten haben.

(In)

Die Post bleibt da

Der Wiesenbacher Friedhelm Knötsch
Schreibt seiner Freundin einen Brief
Sie wartet schon, daß Friedhelm schreibt
Sie wohnt in Tel Aviv
Ganz am Ende schreibt der Friedhelm
Ich hab nur dich im Sinn
Dann klebt er eine Marke drauf
Und läuft zum Postamt hin

Am Postamt angekommen
Da sieht er ein Plakat
Daß das Postamt schließen soll
Weil es wer beschlossen hat
Dabei waren die Öffnungszeiten
Schon total beschränkt
Der Friedhelm sieht das gar nicht ein
Und er sagt was er denkt

Oh armer Postminister
Da hast du dich geirrt
Wenn du glaubst, daß es passiert
Daß diese Post geschlossen wird
Diese Post gehört doch allen
Aber ganz bestimmt nicht dir
Und wenn du das nicht einsehen willst
Dann geht die Post ab hier.

Und am andern Tage
Schlagen viele Menschen Krach
Weil, wenn er sich alleine wehrt
Ist Friedhelm doch zu schwach
Und als die Post am Abend schließen will
Wird drinnen diskutiert
Und zu Ehren von Herrn Bötsch
Ein Liedchen intoniert

Oh armer Postminister
Da hast du dich geirrt
Wenn du glaubst, daß es passiert
Daß diese Post geschlossen wird
Diese Post gehört doch allen
Aber ganz bestimmt nicht dir
Und wenn du das nicht einsehen willst
Dann geht die Post ab hier.

Peter Kühn

Erst Testsieger kaufen und dann
noch für Ihr altes
GSM-Handy kassieren.
Wo gibt's denn sowas?



Da lohnt sich der Einstieg in die neueste Philips Mobiltelefon-Generation doch gleich doppelt: Ob Sie nun den vielgelobten Testsieger PR747 oder unser preisgünstiges Newcomer-Modell PR557 favorisieren. Mit beiden haben Sie jetzt nicht nur den vielseitigen Komfort zukunftsweisender GSM-Mobilfunk-Technik spielend im Griff - wir setzen noch einen drauf: im Rahmen der befristeten Philips Rücknahme-Aktion nehmen wir beim Kauf eines der beiden neuen Philips-Modelle Ihr altes GSM-Handy für bis zu **109,- DM** in Zahlung.



Philips übernimmt dann das Recycling bzw. kümmert sich um eine umweltgerechte Entsorgung. Was noch alles für Philips spricht, erfahren Sie hier in diesem Geschäft. Hier erhalten Sie auch alle Informationen über das umfangreiche Zubehörprogramm für Philips-Mobiltelefone.



PHILIPS *The better connection.*

hello!

COMMUNICATION

Schlierbacher Landstr. 126
69118 HEIDELBERG
Telefon: 0 62 21 / 89 99 - 0
Telefax: 0 62 21 / 89 99 33

Ihr Tel.: PARTNER

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE
Zeitung der GRÜNEN Wiesenbach
V.i.S.d.P.: H.-Ludwig Nöllenburg
Schillerstr. 52
69257 Wiesenbach

Auflage: 1300
Die Meinung der Autoren stellt
nicht in jedem Fall die Auffassung
der Redaktion dar.